

Andreas Krautscheid (Hrsg.),

Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl:

Eine sektorspezifische Betrachtung,

Verlag für Sozialwissenschaften,

Wiesbaden 2009,

455 Seiten,

EUR 34,90

Die Daseinsvorsorge hat in Deutschland einen festen Platz. In einer freiheitlichen Ordnung wie der sozialen Marktwirtschaft ist die Versorgung mit den notwendigen Gütern und Dienstleistungen grundsätzlich nicht Aufgabe des Staates, sondern eine solche der Bürgerinnen und Bürger. Im Regelfall wird der Staat seiner Verantwortung dadurch gerecht, dass er Rahmenbedingungen schafft, die die Erfüllung der Bedürfnisse des Gemeinwohles durch die Bürgergesellschaft ermöglichen. In diesem Sinne hat der Staat für Sicherheit und Ordnung zu sorgen und die Rechtsordnung so zu gestalten, dass die Befriedigung der Bedürfnisse seiner Bürgerinnen und Bürger mit Gütern und Dienstleistungen weitgehend gewährleistet wird. Heute sind unter dem Begriff der Daseinsvorsorge vielfältige Leistungen mit herausragender Bedeutung für das Gemeinwohl

zusammengefasst: Namentlich zählen hierzu die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, der Öffentliche Personennahverkehr, Kindergärten, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Sozial- und Gesundheitsdienste. Auch das Blutspendewesen wird von dem Begriff der Daseinsvorsorge umfasst.

Die Versorgung mit den notwendigen Gütern und Dienstleistungen rückt zunehmend in den Fokus des europäischen Gesetzgebers.

Im europäischen Binnenmarkt ergibt sich für die Daseinsvorsorge zwangsläufig ein Spannungsfeld von Wettbewerb und Gemeinwohl. Insbesondere der Umgang mit dem europäischen (Wettbewerbs-)Recht stellt die Akteure in der Daseinsvorsorge vor enorme Herausforderungen. Dieses Spannungsfeld sektorspezifisch zu beleuchten, ist Ziel des hier anzuzeigenden Sammelbandes von Andreas Krautscheid. Der Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes



Nordrhein-Westfalen liefert eine Einführung in den europäischen Diskurs und analysiert die einzelnen Sektoren der Daseinsvorsorge mit ihrer jeweiligen Betroffenheit durch das europäische Gemeinschaftsrecht. Außerdem wird die Organisation der Daseinsvorsorge in ausgewählten anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union dargestellt. Hierzu hat Andreas Krautscheid Fachleute aus Wissenschaft und Praxis zusammengeführt. In diesem Sinne ist der Sammelband als Beitrag zur Fachdiskussion auf staatlicher und europäischer Ebene angelegt.

Bezogen auf die Sozial- und Gesundheitsdienste wird beispielsweise festgehalten, dass das deutsche Sozial- und Gesundheitssystem mit seinen organisatorischen Merkmalen wie dem aus Leistungserbringer, Leistungsempfänger und Kostenträger zusammengesetzten „sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis“, sowie der Einbeziehung freier Träger wie dem Roten Kreuz in der Europäischen Union weitgehend einzigartig ist und aus diesem Grund außerhalb Deutschlands nicht immer verstanden oder nachvollzogen wird. In anderen Mitgliedstaaten sind die Sozial- und Gesundheitsdienste zumeist einheitlich organisiert. Namentlich diejenigen Staaten, die bis zum Ende des letzten Jahrhunderts stark staatlich geprägte Sozial-

und Gesundheitssysteme unterhalten hatten, haben in den letzten Jahren begonnen, diese auch für kommerzielle Anbieter zu öffnen. Aber auch in Deutschland ist im Sozial- und Gesundheitswesen die Tendenz zu beobachten, dass nicht nur freie Träger, sondern zunehmend auch kommerzielle als Anbieter tätig werden. Dies gilt besonders für den Rettungsdienst und auch für das Blutspendewesen. Beide haben einen doppelten Nutzen, zum einen für das Gesundheitswesen und zum anderen als Bestandteil des Bevölkerungsschutzes. Eine aus der Sicht des europäischen Gesetzgebers rein wirtschaftliche Betrachtung verbietet sich daher.

Der Sammelband betont das von der Politik und der Öffentlichkeit immer wieder eingeforderte hohe Qualitätsniveau von Leistungen der Daseinsvorsorge als wichtiges Ziel. Hierzu zählt neben der Wirtschaftlichkeit auch die Versorgungssicherheit. Dasselbe muss für den Zugang aller zu solchen Dienstleistungen und deren Erschwinglichkeit gelten. Zu ihrer Sicherstellung werden gezielte Reformen im europäischen wie im staatlichen Recht gefordert; weiteren Regulierungsbestrebungen auf europäischer Ebene wird eine Absage erteilt. Letztlich plädiert der Sammelband damit für eine strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips:

Vor Ort könne am besten entschieden werden, welche konkreten Verpflichtungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erforderlich sind, um deren Versorgung mit den notwendigen Gütern und Dienstleistungen auch weiterhin sicherzustellen.

^
Dr. iur. Sascha Rolf Lüder

Assistent der Geschäftsführung des
DRK-Blutspendedienstes West, Hagen.

Die Literaturhinweise finden
Sie im Internet zum Download
unter: www.drk.de/blutspende